

Darüber hinaus ist TTIP als **"living agreement"** geplant, als lebendiges Abkommen, das sich nach der Inkraftsetzung verändert und fortentwickelt durch Expertenkommissionen - fern jeglicher parlamentarischen Kontrolle.

● **Negativisten**

Sämtliche Güter und Dienstleistungen, auch noch unbekannt, werden für ausländische Investoren freigegeben, wenn sie nicht ausdrücklich als Ausnahmen aufgelistet sind. Und selbst dann bieten diese Ausnahmen keine absolute Sicherheit, denn **über allem steht der Investorenschutz**. Hat sich beispielsweise ein ausländischer Konzern in teilprivatisierte Stadtwerke (wie Kassel) eingekauft, kann er dort seine Gewinnerwartungen geltend machen. Der Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge wird Tür und Tor geöffnet.

Machtverschiebung von Politik zu Konzernen

Bei TTIP und CETA geht es im Kern darum, die Geschäfte von Großkonzernen und Großbanken von allen lästigen bestehenden und künftigen gesetzlichen Vorgaben zu befreien, die Profite schmälern könnten; Liberalisierung und Deregulierung heißt das im Fachjargon.

Das eigentliche Handelshemmnis ist die Demokratie

Gesetze (die so genannten Standards) wurden jedoch zum Schutz der Menschen und Umwelt erkämpft.

„Unsere Standards sind nicht in Gefahr!“ behaupten PolitikerInnen. Wenn aber z.B. US-amerikanische Agrarprodukte auf den europäischen Markt drängen, werden europäische Landwirte zugunsten der eigenen Wettbewerbsfähigkeit selbst verlangen, Verbote von krankheits-erregenden Stoffen wie Unkraut- und Insektenvernichtungsmittel zu schleifen.

In Geheimverhandlungen wird um unsere Lebensgrundlagen geschachert

Nicht umsonst wird geheim verhandelt. Die Wirtschaftslobby hat erheblichen Einfluss. Die Öffentlichkeit und selbst die gewählten ParlamentarierInnen werden im Dunkeln darüber gelassen, was gefordert und was angeboten wird. Bei diesem Schachern wird weit mehr als eine 'Ahle Worscht' geopfert werden, um eigene Produkte und Dienstleistungen in

den US-amerikanischen Markt zu drücken. Die Parlamente bekommen den Vertrag erst nach Abschluss der Verhandlungen vorgelegt. Ändern können sie ihn dann nicht mehr. So wird ein Pakt entstehen, im dem die Wunschliste der Konzerne festgeschrieben wird.

Angesichts sich ausbreitender Armut und einer dramatischen Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen sowohl in USA und Kanada als auch hier ist nicht der Abbau vorhandener Schutzregeln notwendig, sondern ihr Ausbau.

TTIP und CETA verhindern, nicht verhandeln!

Seit Oktober 2014 haben sich über 2,8 Millionen Menschen der selbstorganisierten Europäischen Bürgerinitiative gegen TTIP und CETA angeschlossen. Sie wird von einem Bündnis von mehr als 500 Organisationen aus allen EU-Staaten unterstützt. An bisherigen Aktionstagen waren europaweit Hunderttausende auf Straßen und Plätzen.

Aufklärungsarbeit und Protest nutzt!

- Das Interesse der Öffentlichkeit an den Geheimverhandlungen lässt sich nicht mehr abblocken.
- Die Versprechen von mehr Wohlstand und Arbeitsplätzen haben sich als hohl herausgestellt.
- PolitikerInnen kommen bei der Verteidigung dieser extremen Art des Investorenschutzes in Begründungsnot.

CETA-Abstimmung droht in Bälde

Das CETA-Abkommen zwischen EU und Kanada wurde **nach Abschluss der Verhandlungen** veröffentlicht. Das EU-Parlament und die Parlamente der EU-Mitgliedstaaten können nur mit JA oder NEIN abstimmen. Veränderungen sind nicht mehr möglich. CETA gilt als **Modell für TTIP**.

CETA gilt als Einfallstor, denn die meisten US-Konzerne haben Tochtergesellschaften in Kanada und können auf diesem Weg ihre Interessen in der EU geltend machen.

Wird CETA in Kraft gesetzt, braucht es TTIP eigentlich gar nicht mehr.

Nur mit zivilgesellschaftlichem Druck auf Parlamentarier und Regierung können wir TTIP und CETA verhindern. Noch sind diese Vorhaben zu stoppen. Gemeinsam mit Menschen aus EU und USA setzen wir uns dafür ein.

Unterschreiben Sie bis zum 8. Oktober (Abgabefrist) die Europäische Bürgerinitiative gegen TTIP und CETA:

www.stop-ttip.org/de/

Beteiligen Sie Sich am 10. Oktober, an den Demonstrationen in Berlin, Frankfurt oder hier in Kassel!



Attac-Bodentransparenz vom Aktionstag am 18.4. in Kassel

Kernforderungen von Attac:

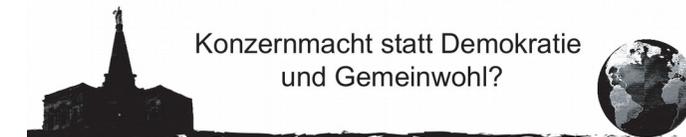
- **TTIP-Verhandlungen sofort beenden!**
- **Verhandlungsdokumente bei Handels- und Investitionsabkommen stets umgehend offenlegen!**
- **Keine Sonderklagerechte für Konzerne – bestehende Verträge müssen geändert werden!**
- **Handels- und Investitionspolitik muss dem Gemeinwohl dienen und die Umwelt schützen!**

Weitere Informationen

www.attac.de/ttip

TTIP

Global und vor Ort



Konzernmacht statt Demokratie und Gemeinwohl?

Diskussionsveranstaltung mit:

Dr. Stefan Beck
Universität Kassel

Mathias Hebler
Textilfabrikant, Fulda

Freitag, 9. Oktober 2015, 19 Uhr

Ev. Gemeindezentrum, Karlshafener
Str. 4, Kassel - Harleshausen

kih
Kulturinitiative
Harleshausen e.V.
Wolflager Str. 409
34129 Kassel
www.kih-kassel.de
kih-kassel@gmx.de

attac
Regionalgruppe
Kassel

V.i.S.d.P.: KIH

Demonstration in Kassel
Samstag, 10 Oktober
13 Uhr, ab Bebelplatz

Infostände ab 14 Uhr, Königsplatz

TTIP:

Transatlantic Trade And Investment Partnership

Freihandels- und Investitionsabkommen zwischen EU und USA; wird derzeit geheim verhandelt.

CETA:

Comprehensive Economic Trade Agreement

Freihandels- und Investitionsabkommen zwischen EU und Kanada; ebenfalls geheim verhandelt und erst nach Abschluss veröffentlicht.

● Haben Sie Angst vor einer neuen Finanzkrise wie 2008 mit Firmenpleiten, Kurzarbeit, Bankenrettung ? - Zu Recht! 'Dank' TTIP und CETA.

Denn für die großen Finanzunternehmen ist TTIP eines der wichtigsten Vorhaben: riskante Finanzprodukte können in Zukunft nicht mehr verboten werden. Dabei wird täglich (!) mit Billionen Dollar spekuliert. - Banken aus USA und EU erklären zu TTIP ganz offen, dass ihr Ziel darin bestehe, die Verbraucher-Absicherungen in der Finanzwirtschaft aufzuweichen.

● Befürchten Sie Mietpreiserhöhungen? - Zu Recht! 'Dank' TTIP und CETA.

Denn ausländische Wohnungsunternehmen können bei zukünftigen Mietpreis-Bremsen den Staat auf hohe Entschädigung wegen *indirekter Enteignung* verklagen. Regierung und Parlamente werden sich dann gut überlegen, ob sie Gesetze zum Schutz von Mietern beschließen.

● Genießen Sie Ihren freien Sonntag? - Wie lange noch mit TTIP und CETA?

Denn das Recht auf einen freien Sonntag gibt es in USA nicht - ein Wettbewerbsvorteil gegenüber europäischen Unternehmen, die dann auch hier auf Abschaffung des freien Sonntags drängen werden.

● Warten Sie auf die nächste Lohnerhöhung? - 'Dank' TTIP und CETA vielleicht umsonst!

Denn Gewerkschaften und Tarifverhandlungen sind in Kanada und USA keine geschützten Grundrechte. Wieder ein Wettbewerbsvorteil, der geschleift werden muss.

● Sind Sie für eine Erhöhung des Mindestlohns? - Ein frommer Wunsch 'dank' TTIP und CETA.

Denn dies würde ja den 'berechtigten Gewinnerwartungen' ausländischer Investoren schaden. Ein französischer Konzern klagt deshalb gegen Ägypten auf Schadensersatz.

● Wollen Sie, dass Unternehmen weiterhin die Unschädlichkeit ihrer Produkte nachweisen müssen? - Mit TTIP gilt das als 'unwissenschaftlich'.

Denn während in der EU das Vorsorgeprinzip gilt, können in USA die Behörden erst einschreiten, wenn konkrete Schadensfälle nachgewiesen sind. So wird Kanada auf hohen Schadensersatz verklagt, weil es Fracking aus Umweltschutzgründen gestoppt hatte.

● Erwarten Sie als kleiner oder mittlerer Unternehmer durch TTIP und CETA besseren Zugang zum US-Markt? - Das können Sie vergessen.

Denn mit der 'Harmonisierung' der Qualitätsanforderungen haben Sie mit spezialisierten Qualitätsprodukten gegenüber Dumpingpreisen von Großkonzernen allemal das kürzere Streichholz (wie das Solartechnik-Unternehmen SMA).

● Sind Sie dafür, dass Dienstleistungen wie Gesundheit, Bildung, Wasser- und Energieversorgung in Öffentliche Hand gehören? - Nicht mit TTIP und CETA.

Denn Ziel dieser «Frei»handelsabkommen ist der absolute Vorrang von Privatunternehmen bei Dienstleistungen auch der öffentlichen Daseinsvorsorge. Eine Rückkehr in die Öffentliche Hand (*Rekommunalisierung*) ist ausgeschlossen. Ein Rückkauf von Stromnetzen wie bei EAM geschehen, wäre nicht mehr möglich.

● Sollen Unternehmen der Region bei öffentlichen Aufträgen bevorzugt werden? - Mit TTIP und CETA unzulässig.

Denn ab einer bestimmten Größenordnung müssen öffentliche Aufträge transatlantisch vergeben werden – Bedingungen wie Bevorzugung regionaler Betriebe oder Tariftreue sind unzulässig. Schon jetzt muss die Stadt Kassel den Strom für Straßenbeleuchtung europaweit ausschreiben. Die EU selbst drängt die USA massiv zur Freigabe öffentlicher Ausschreibungen auf allen staatlichen Ebenen, auf eine Ende von 'Buy American'.

● Wollen Sie weiterhin kostengünstigen Zutritt zu Bibliotheken und Museen? Damit dürfte mit TTIP Schluss sein.

Denn die öffentliche Förderung von kulturellen Einrichtungen wäre ein Verstoß gegen die „billige und gerechte Behandlung“ ausländischer Unternehmen.

● Wollen Sie mehr Datenschutz? TTIP und CETA werden ihn noch weiter aufweichen.

Denn Unterhaltungsindustrie und Internetdienstleister wollen unser Konsumverhalten durchleuchten und kontrollieren.



attac-Aachen

Um was geht es?

TTIP und CETA sind völkerrechtlich bindende Verträge; sie stehen **über** nationalem und EU-Recht und binden **alle** Parlamente (EU, Bund, Länder, Städte und Gemeinden). Eine Kündigungsmöglichkeit ist gar nicht erst vorgesehen.

Bei TTIP und CETA geht es **nicht** um Freihandel. Der Handel mit USA brummt. Die Zölle zwischen USA und EU sind geringer als die Währungsschwankungen zwischen Dollar und Euro. Sowieso findet die Hälfte des Welthandels **innerhalb** der transnational tätigen Unternehmen statt (z.B. VW). Die gegenseitige Anerkennung von Elektro-Steckern und dergleichen könnte man getrost internationalen ISO-Norm-Ausschüssen überlassen.

Ziel der transnationalen Unternehmen ist vielmehr der **Abbau von Handelshemmnissen** aller Art und größtmöglicher **Investorenschutz**. Ziel der herrschenden politischen Elite ist das Zustandekommen einer Art **Wirtschafts-Nato**, um einen globalen Machtanspruch des Westens zu festigen – Eine Kampfansage an Länder wie etwa China, Indien und Brasilien, die als Absatzmarkt doch so wichtig sind.

Freihandelsabkommen gibt es Hunderte, und immer ist das Ergebnis eine weitere **Stärkung großer Konzerne, Verdrängung mittelständischer Unternehmen, Vernichtung von Arbeitsplätzen oder wesentlich schlechter bezahlte Arbeit**. Für Schwellen- und Entwicklungsländern bedeuten

die (teilweise mit Erpressung durchgesetzten) «Frei»handelsabkommen den Wegfall von dringend benötigten Zolleinnahmen und Vernichtung der einheimischen Märkte und Erwerbsmöglichkeiten, denn sie werden mit billiger Importware überschwemmt, deren Herstellung in den industrialisierten Herkunftsländern hoch subventioniert wird (z.B. Mais aus USA, Milchpulver aus der EU, Textilien).

Konzernmacht statt Demokratie: Kernpunkte

● Investor-Staat-Schiedsverfahren

Schutzbestimmungen gegen Enteignung gab es schon immer. Aber mit TTIP und CETA können ausländische Unternehmen Staaten vor privaten Schiedsstellen schon wegen „**indirekter Enteignung**“ auf Schadensersatz verklagen, also schon wenn sie ihre Gewinnerwartungen durch bestehende oder geplante Gesetze bedroht sehen, noch bevor sie tatsächlich einen einzigen Euro investiert haben. Als Investoren gelten nun auch Aktienbesitzer. Zehntausende Unternehmen erhalten so ein Klage-Privileg, das inländischen Unternehmen nicht zusteht. - Auch öffentliche Schiedsverfahren, wie sie als Nebelkerzen in die Diskussion geworfen werden, würden daran **nichts Wesentliches** ändern.

Anders als viele andere EU-Handelsabkommen enthält CETA **keine Menschenrechtsklausel**, die die Achtung der Menschenrechte und demokratischer Prinzipien verlangt. Eine derartige Klausel ermöglicht es, beim Verstoß gegen Menschenrechte (z.B. Recht auf Wasser trotz Privatisierung, Gesundheitsgefährdung) ein Abkommen einseitig ganz oder teilweise auszusetzen. Investitionsschiedsgerichte schenken solchen Rechten keine oder nur sehr eingeschränkte Beachtung.

● Regulatorische Zusammenarbeit

Die Vertragspartner unterrichten sich über geplante Gesetzesvorhaben, um unter Hinzuziehung von Interessenvertretern (!) eventuell darin enthaltene Handelshemmnisse zu entfernen, - und zwar **bevor** Parlamente oder Öffentlichkeit davon Kenntnis erhalten. Großkonzerne, Banken, Versicherungen und Hedgefonds können in Zukunft sehr viel mehr Einfluss auf den Prozess der Gesetzgebung nehmen, da sie früher angehört und ihre Interessen stärker berücksichtigt werden, als dies heute ohnehin schon der Fall ist.